

Hausbesuch Niklas Luhmann hat im WZB-Archiv seine Handschrift hinterlassen

Dirk Reimann

Das Wissenschaftszentrum Berlin – den Namenszusatz „für Sozialforschung“ erhielt es erst 1985 – war von Anfang an groß gedacht. Das im Februar 1969 durch eine interfraktionelle Gruppe von Bundestagsabgeordneten in Form einer gemeinnützigen Gesellschaft mbH gegründete Zentrum sollte – so hält es ein Memorandum zur WZB-Gründung fest – mit mehreren Institutsvorschlägen eine international besetzte und multidisziplinär ausgerichtete Einrichtung für neuartige Forschungen nach amerikanischem Muster werden. Zunächst wurde jedoch nur ein „Internationales Institut für Management und Verwaltung“ (IIMV) für die Management- Aus- und Weiterbildung realisiert. Dieses könne, wie der Wissenschaftsrat in einer wohlwollend-kritischen Stellungnahme konstatierte, mit der Erforschung von Planungs- und Entscheidungsprozessen in Verwaltung und Wirtschaft eine wissenschaftspolitische Lücke in der Grundlagenforschung schließen. Vorgesehen waren anfangs noch wissenschaftliche Institute für Friedens- und Konfliktforschung, Linguistik und Lebensweltforschung, Urbanistik sowie ein Berliner Zentrum für fortgeschrittene Studien. Die angestoßenen Ideen und Pläne zur Errichtung dieser Institute konnten jedoch allesamt nicht durchgesetzt werden.

Ein Jahr vor der Gründung des WZB war Niklas Luhmann (1927–1998) an die Universität Bielefeld berufen worden. An der von Helmut Schelsky auf den Weg gebrachten „Reformuniversität“ wirkte er maßgeblich am Aufbau der bundesweit ersten Fakultät für Soziologie mit. Ursprünglich war Luhmann für einen Sitz im sogenannten Fachausschuss im Gespräch, jenem Gremium, das den Gründungsprozess des ersten Instituts unter dem organisatorischen Dach des WZB beratend begleiten sollte. Dieses Gremium setzte sich aus Wissenschaftlern, Beamten der Ministerialbürokratie, Unternehmensvertretern sowie Management-Experten zusammen. Im weiteren Verlauf ist Niklas Luhmann, der in den Wirtschaftswissenschaften augenscheinlich einen guten Ruf genoss, vom Kreis der WZB-Initiatoren jedoch darum gebeten worden, als Mitglied einer fünfköpfigen Arbeitsgruppe – bestehend unter anderem aus

dem amerikanischen Managementforscher Richard M. Cyert von der Carnegie School – den eigentlichen IIMV-Gründungsplan zu verfassen (das maschinell vervielfältigte Typoskript befindet sich im WZB-Archiv). Das empfohlene Management-Institut nahm im August 1970 unter der Leitung von James E. Howell, zuvor Dekan der privaten Stanford University in Kalifornien, seine Arbeit auf; ihm folgten in den Jahren 1973/74 Fritz W. Scharpf und Walter H. Goldberg als Ko-Direktoren.

Parallel dazu bildete sich in Berlin eine zweite Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des im Memorandum aufgeführten „Internationalen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung“. Zu dieser Vorbereitungsgruppe gehörte Luhmann ebenso; weitere Mitglieder waren sein Bielefelder Kollege Peter Christian Ludz, Richard Löwenthal vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (OSI) der Freien Universität Berlin, Wolfgang Zapf von der Universität Frankfurt (ab 1987 Präsident des WZB), Pierre Hassner aus Frankreich sowie der deutsch-amerikanische Sozialwissenschaftler Hans Speier. Auch diese Gruppe hat einen Gründungsplan entworfen, der mit Gerd Brand, neben seiner hauptberuflichen Tätigkeit als Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik seit 1969 Generalsekretär des WZB, als wichtigstem Strippenzieher diskutiert wurde. Ein Fachausschuss, dem das Papier vorgelegt wurde, sprach Empfehlungen zur Institutsgründung aus.

Der fertig redigierte Entwurf des Plans stieß allerdings, als er 1970 in der Öffentlichkeit zirkulierte, auf heftigste Kritik aus linken Hochschulkreisen. Zahlreiche in den Berliner Uni-Archiven verwahrte Flugblattexemplare und ein handgemaltes Protestplakat, das zu einem Teach-In gegen das WZB im Audimax der Technischen Universität aufruft, belegen den Unmut der Studenten. Im typischen '68er-Politikjargon wurde das WZB als „Ausbeuter- und Kriegstreiber-GmbH“, „postuniversitäre Funktionselite-Schule“ und „Technokraten-Olymp für die ‚Mandarine der Zukunft‘“ verächtlich gemacht. Diese scharfzüngigen Angriffe und die in Statements von den beiden West-Berliner Universitätspräsidenten Rolf Kreibich

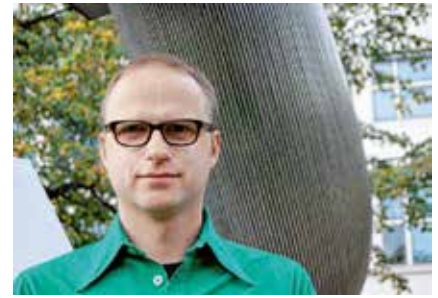
(Freie Universität) und Hans Wever (Technische Universität) noch einmal bekräftigten Argumente gegen eine privatrechtlich betriebene Forschungseinrichtung, die als kapitalistische „Gegenuniversität“ angesehen wurde, blieben nicht ohne Folgen, auch personeller Natur. Der engagierte Frankfurter Politikwissenschaftler Iring Fetscher und sein Tübinger Kollege Frieder Naschold (der – Ironie der Geschichte – kurze Zeit danach als Direktor ans WZB berufen wurde), verließen den hochrangig besetzten Beraterkreis für das geplante Institut, da auch sie eine eigenständige Trägerorganisation für außeruniversitäre Forschung zu diesem Zeitpunkt nicht befürworteten. Wolfgang Zapf und Niklas Luhmann wurden von mehreren linken und radikaldemokratischen Studentengruppen gedrängt, ihre Aktivitäten für das WZB in gleicher Weise „öffentlich und demonstrativ“ einzustellen. Die beiden Ordinarien blieben jedoch von einer unter anderem vom AstA der Universität Frankfurt initiierten Flugblatt-Kampagne unbeeindruckt. Insbesondere der von den Erfahrungen mit einer projektweisen Förderung empirischer Forschung – nach eigenem Bekunden – geradezu deprimierte Luhmann sah im WZB „die Chance, komplexere theoretische Modelle in langfristiger Arbeit zu operationalisieren und in das Stadium empirischer Überprüfung zu bringen“ [1]. Nach dem letztlich gescheiterten Gründungsplan für ein Friedensforschungsinstitut unterstützten Luhmann und Zapf zusammen mit dem OSI-Dozenten Löwenthal den Bielefelder Philosophen Hermann Lübbe und seinen Universitätskollegen Peter Christian Ludz bei der Ausarbeitung des darauf aufbauenden Konzepts zur Gründung eines „Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung“ (IIVG).

Mit der Schaffung dieses Instituts wollten die damaligen Gesellschafter des WZB, als deren Sprecher der Sozialdemokrat Gerhard Jahn (Bundesminister der Justiz) und der Christdemokrat Johann B. Gradl (Bundesminister a. D.) auftraten, insbesondere eine personelle Bindung der Professoren Lübbe und Ludz bewirken, die in Erwähnung zogen, Bielefeld zu verlassen (Lübbe, der die moderne, auf wenige Fächer spezialisierte Forschungsuniversität in der ostwestfälischen Metropole mit ins Leben gerufen hatte, ging dann tatsächlich 1973 nach Zürich, Ludz wechselte nach München.) Außerdem sollten Luhmann und Zapf in Berlin gehalten werden. Hermann Lübbe und Peter Christian Ludz waren zunächst bereit, als Gründungsdirektoren die IIVG-Leitung zu übernehmen, Niklas Luhmann wiederum sollte Institutsmitarbeiter werden.

Im November 1974 hält Luhmann das Einleitungsreferat „Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften“ bei der gleichnamigen Konferenz

des WZB und der OECD im Berliner Reichstag (nachlesbar im 1977 erschienenen Tagungsband). Dann aber endet aus im Einzelnen nicht mehr nachvollziehbaren Gründen die Verbindung zwischen ihm und dem WZB. Die Gründung eines dritten Internationalen Instituts, nämlich „für Umwelt und Gesellschaft“, das ab 1975 existierte, ging ohne ihn vonstatten. Nach der Evaluation der Pilotphase des IIVG nahm Luhmann Anfang 1977 nur noch an den Diskussionen über die Entwicklung eines mittelfristigen Forschungsprogramms teil. Ob die Anstellung Niklas Luhmanns währenddessen weiter vorbereitet wurde oder ob die Verhandlungen an einem bestimmten Punkt gescheitert waren, kann anhand der verfügbaren Archivalien nicht herausgefunden werden. Der ehemalige Präsident Friedhelm Neidhardt, der selbst allerdings erst ans Haus kam, nachdem sich das WZB als Sozialforschungseinrichtung bereits etabliert hatte, erwähnt in einer Interviewreihe mit Persönlichkeiten der WZB-Geschichte bloß, dass, trotz aller Bewunderung, der als systemischer Denker weit über die Fachgrenzen hinaus rezipierte Luhmann (ähnlich wie sein Theoriekonkurrent Habermas) vom Typus her nicht zum WZB gepasst hätte und im weiteren Rekrutierungsprozess mithin auch keine Rolle gespielt habe.

Die Beziehungsfäden haben sich also hier, gegen Mitte der 1970er-Jahre, gelöst. Was als flüchtige Erinnerung an die turbulente und arbeitsintensive Gründungsphase des WZB bleibt, ist ein Luhmann-Eintrag in dem jetzt wiederentdeckten Gästebuch des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung, das sich in einem Stoß Unterlagen befand, die Hansvolker Ziegler, der frühere Referatsleiter für den Bereich Sozialwissenschaften im Bundesforschungsministerium, dem WZB vor einiger Zeit überließ. Der Band aus den Jahren 1974 bis 1980 enthält die Einträge zahlreicher Gäste, die im ältesten Institut des WZB ein- und ausgingen. Gemeinsam mit der zentralen Geschäftsführung war das IIMV zunächst in einer Villa in der Griegstraße in Berlin-Grünwald untergebracht, bevor es an den Platz der Luftbrücke zog. Am 1. März 1974 findet sich im Gästebuch dieses Hauses die gut lesbare und prägnante Unterschrift: „Niklas Luhmann“. Im Gefolge Luhmanns befanden sich an diesem Tag Hermann Lübbe, der Bevölkerungssoziologe Franz-Xaver Kaufmann, ebenfalls ein Bielefelder Reformier der ersten Stunde, Wolfgang Zapf sowie der neue WZB-Generalsekretär Helmut G. Meier: Der Rest ist Wolke.



Der Historiker Dirk Reimann baut als Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaftliche Information das Archiv des WZB auf. Der Text über Niklas Luhmann ist zuerst im September 2017 als Beitrag im Blog „Archive in der Leibniz-Gemeinschaft“ (leibnizarc.hypotheses.org) erschienen. (Foto: Udo Borchert)

dirk.reimann@wzb.eu

Literatur

Hirsch, Joachim/Leibfried, Stephan: *Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik*. Berlin: Suhrkamp 1971.